

Antrag
des
Rechts- und Verfassungs-Ausschusses

über den Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Schuster, Kaufmann, MAS, Hinterholzer und Hauer betreffend Anti-Terror-Paket für Österreich

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der Niederösterreichische Landtag begrüßt die von der Bundesregierung am 11.11.2020 angekündigten Maßnahmen eines Anti-Terror-Pakets und ersucht die Landesregierung, die Bundesregierung aufzufordern, dass diese Maßnahmen rasch und umfassend legislativ und organisatorisch umgesetzt werden.
2. Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass darüber hinaus
 - a. Maßnahmen zur sofortigen Einleitung des Aberkennungsverfahrens des Schutzstatus und bei erfolgter Aberkennung die Abschiebung von amtsbekannten Mitgliedern und Unterstützern von Terrornetzwerken in die Wege geleitet werden,
 - b. rechtskräftig verurteilten Personen der Schutzstatus im Eilverfahren aberkannt wird und Asylwerber aufgrund dieser Taten einen Ausschlussgrund im Verfahren darstellen und somit nicht positiv beschieden werden,
 - c. für abzuschiebende islamistische Gefährder Möglichkeiten von Gebiets- und Reisebeschränkungen bzw. -verboten nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten geschaffen werden,

- d. die Strafsätze und Mindeststrafen für die in den §§ 278b fortfolgende StGB aufgezählten terroristischen Delikte auf ein deutlich höheres Niveau angehoben werden und die Möglichkeit einer bedingten Entlassung in Zusammenhang mit diesen Delikten ausgeschlossen wird und
- e. rechtliche Möglichkeiten geprüft werden, um Vereine, die ein Dach für islamistische Radikalisierung bieten, aufgelöst werden können.“

Hauer
Berichterstatter

Weninger
Obmannstv.